

[journalistenwatch.com](https://www.journalistenwatch.com)

Demnächst Kellner und Verkäuferinnen als Laboranten: Schnelltests immer und überall

7-9 Minuten



Hurra, wir testen uns! (Symbolbild:Imago/photothek)

Wenn Unbelecktheit in betriebswirtschaftlichen Belangen mit obrigkeitsstaatlichen Gesundheitswahn zusammenfällt, dann kommt dabei sowas heraus wie der neueste Vorschlag der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Sie will Gaststätten, Museen und Geschäften „im Frühling und Sommer“ die Öffnung erlauben, wenn sie selbst bei

Kunden Schnelltests durchführen. Also statt dem vorherigen Gang zum Testcenter oder zur Apotheke soll der Museumswärter, der Händler, der Gastronom usw. zum Laboranten und Krankenpfleger gemacht werden – im Gegenzug dafür, dass sie aus dem Lockdown dürfen.

Mit Schnelltests könne ein privater Veranstalter oder Gastgeber, egal ob er eine Gaststätte, einen Laden oder ein Museum betreibt, selbst sicherstellen, dass *„von seinen Kunden kaum Ansteckungsgefahr ausgeht,,“*, und könne damit dann *„sein Gewerbe wieder betreiben,,“*, sagte Dreyer der [„Bild am Sonntag,,“](#). Dies müsse unter strengen Auflagen passieren, *„aber kann Praxis im Frühling und Sommer werden,,“*. Im Frühling und Sommer? Und auch nur „kann“? Alleine dass selbst diese Irrsinnsidee nur im Konjunktiv, als etwaige Möglichkeit formuliert ist und erst für in einigen Wochen oder Monaten, nicht jedoch akut greifen soll, zeigt schon wieder, dass die Politik nicht daran denkt, uns zeitnah wirklich aus der viermonatigen Totenstarre zu entlassen; aus einem Lockdown, der KEINERLEI sachliche und juristische Grundlage mehr hat, jedoch unerbittlich weitergeführt wird.

Ungelerntes Personal als Test-Hilfskräfte, Abstriche beim Einkaufen und Einkehren für alle: Fragen, ob Dreyers Vorstoß überhaupt rechtlich zulässig und medizinisch verantwortbar ist, gelten mittlerweile anscheinend als ebenso nachrangig wie die Überlegung, wer all dies eigentlich finanzieren soll. Zwar fordert Dreyer mit Blick auf die Selbsttests, die jetzt in den Handel kommen, einen *„staatlichen Zuschuss für Geringverdiener,,“*: Die Selbsttests dürfen *„kein Luxusgut für Besserverdiener werden.“* Doch freiwillige Selbsttests sind nochmal etwas anderes als Schnelltests, und wenn diese ab sofort in allen öffentlichen Begegnungsstätten Vorschrift sein sollen, dann sprengen die

Kosten dafür jeden Rahmen.

Neun Euro pro Test kalkuliert Gesundheitsminister Jens Spahn – und da die Tests nun doch nicht mehr wie ursprünglich angekündigt gratis, sondern allenfalls teilweise bezuschusst sein werden, kommen auf die Normalverbraucher Mehrkosten zu, sobald sie irgendwo shoppen oder auch nur ein Bier trinken gehen. Wie stellt sich Dreyer das vor – eine vierköpfige Familie geht zum Essen in ein Restaurant, bestellt Kaffee und Kuchen im Straßencafé oder Biergarten, und zahlt dann 20-30 Euro extra, dafür, dass sie sich von geringfügig beschäftigten Servicekräften Stäbchen in die Nase stecken lassen dürfen? Und wer sich ein Teeservice und ein T-Shirt kauft, darf sich gleich nochmal testen lassen?

Spahns neues Milliarden ding

Allein die hierfür notwendige Logistik zeigt die gänzliche Unausgegorenheit der Überlegungen, die wenige Tage vor Merkels nächstem Lockdown-Kränzchen von der Politik angestellt werden. Dass es die Massentestungen fortan definitiv geben muss, ist schon deshalb „alternativlos“ für Spahn und seine gesundheitspolitischen Spießgesellen, weil die Bundesregierung für ihre bundesweite Testkampagne bekanntlich Rahmenverträge mit Herstellern geschlossen hat, die für 2021 Jahr 800 Millionen Schnelltests für Deutschland vorsehen – 500 Millionen national selbstbeschaffte plus weitere 300 Millionen Tests aus einem EU-Programm. Diese müssen also auf jeden Fall unters Volk gebracht werden. Die kalkulierte Kapazität entspricht 10 Tests pro Einwohner und orientiert sich am Bedarf für vergleichbare Testaktionen in Dänemark oder Irland.

Allerdings würde für das, was Dreyer mit ihrer Idee des

permanenten „Freitestens vor Ort“ vorschlägt, eine Menge von 10 Tests pro Kopf bei weitem nicht ausreichen; nicht einmal für einen Monat dürfte diese Zahl genügen. Da Jens Spahn – anscheinend ähnlich „kosteneffektiv“ kalkulierend wie bei den von ihm freihändig ins Blaue hinein bestellten Masken vor knapp einem Jahr – mit neun Euro pro Testkit plus weiteren neun Euro für die Bearbeitung rechnet, fallen alleine schon für die 800 Millionen geordneten Tests sagenhafte 14,4 Milliarden Euro an, wie die „Welt“ schreibt. Sollten die Selbsttests ausgeweitet und tatsächlich überall zur Eintrittskarte gemacht werden, vervielfachen sich diese Kosten entsprechend. Und auch wenn Spahns Kostenkalkulation von Kabinettskollegen wie Kanzleramtsminister Helge Braun als überhöht und völlig überzogen angesehen werden: der Aufwand für den Steuerzahler ist astronomisch.

Geistiger Horizont von Zuchthauswärtern

Doch die Testbesessenheit soll, zumindest bis dass der Impfnachweis kommt, noch weiter ausgebaut werden: Auch Panikfürst Karl Lauterbach, der anscheinend spürt, dass sich der von ihm vertretene ewige Hardcore-Lockdown früher oder später nicht mehr länger durchsetzen lässt, artikuliert nun die Bedingungen, zu denen er moderate Lockerungen für „vertretbar“ hält: Natürlich – ebenfalls wieder nur mit dem geistigen Horizont eines Zuchthauswärters – will er nur diejenigen in die Geschäfte lassen, die zumindest „am selben Tag getestet“ wurden, so Lauterbach laut „Bild“. Die Testungen sollten in den Betrieben oder in Testzentren vorgenommen werden, so dass diese „dokumentiert“ würden.

Was dieser verhaltensauffällige Corona-Neurotiker hier will, ist quasi die Dreyer-Variante und behördlicher Aufsicht – doch sie ist nicht minder weltfremd: Wie stellt sich der verschrobene

Professor dies in der Praxis vor: Soll in jedem Dorf ein Testzentrum stehen, oder alle paar Straßen in der Nähe von Geschäften und Kneipen? Mit wem sollen diese personell besetzt werden? Wer soll dies bezahlen – selbst wenn die Bürger für die Testkits selbst aufkommen? Hunderttausende Helfer, riesige finanzielle Ressourcen wären nötig, um einen solchen Aufwand rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche zu betreiben.

Dass solche grotesken Spinnereien ernsthaft von politischer Seite diskutiert werden (und das angesichts einer künstlich zur Pandemie aufgebauchten Virusinfektion, die nicht gefährlicher ist die saisonale Grippe in vielen Jahren) lässt ungute Ahnung aufkommen: Womöglich geht es hier, wie auch im Fall von Desinfektionsmitteln, Masken, Apps und vor allem Impfstoffen, um massive wirtschaftliche Interessen von Herstellern und ihren Lobbyisten. Neben der Impfkampagne entpuppt sich auch die Testkampagne als nicht minder lukrativer Massenmarkt. Schon jetzt vermag niemand mehr zu sagen, was hier wirklich zu unserem Wohle geplant ist – und was nur den Profiteuren der nächsten konstruierten oder staatlich erzwungenen Nachfrage dient. (DM)